

Rede von Cansu Özdemir, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, zur Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters

14. Oktober 2015

– Es gilt das gesprochene Wort –

Herr Scholz, haben Sie überhaupt die geringste Vorstellung, wie es in den Flüchtlingsunterkünften aussieht? Die geringste Vorstellung davon wie es ist, in Eiseskälte in einem unbeheizten Zelt untergebracht zu sein?

Gestern kamen Flüchtlinge, die noch immer in Zelten untergebracht sind, zum Rathaus um auf ihre desolate Situation aufmerksam zu machen. Einige kamen in Badelatschen, andere in dünner Kleidung. Sie haben richtig gezittert und verzweifelt von ihren Kindern berichtet, die alle schon krank geworden sind. Die Registrierung dauert viel zu lange, und ohne Registrierung bekommen die Menschen nicht einmal winterfeste Schuhe bekommen.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: Praktiker in Eidelstedt. Wir haben uns die Situation vor Ort angeschaut und waren geschockt über die Zustände und fassungslos darüber, dass der Senat nach dem Vorfall in Bergedorf nichts dazu gelernt hat.

Eine schmutzige, kalte Halle mit verdreckten Toiletten. Flüchtlinge, die Tage und Nächte auf sich allein gestellt waren. Ein paar dünne Luftmatratzen, zumeist aber nur dünne Decken zum Schlafen. Kein heißes Wasser für die Zubereitung von Babynahrung. Satt wurde niemand von den Essensrationen. Keine medizinische Versorgung, auch nicht bei Diabetikern und MS-Patienten. Noch immer keine Duschen! Ehrenamtliche führen die Menschen zur Julius-Leber-Schule und zu anderen Einrichtungen, damit sie dort duschen können. Seit gestern gibt es endlich Duschen – zehn für 800 Menschen.

Wo waren Sie, Herr Bürgermeister, und Sie, Herr Neumann? Sie tauchen unter, ignorieren die Zustände, während die Ehrenamtlichen tagtäglich eine humanitäre Katastrophe verhindern. Man kann es nicht einmal als politisches Versagen bezeichnen. Wenn der Senat es versuchen und scheitern würde dann ja, aber sie versuchen es noch nicht einmal.

Trotz des Brandbriefs der Leitungskräfte von fördern & wohnen, in dem zu Recht auf die Versäumnisse und die Planlosigkeit des Senats hingewiesen wird. Trotzdem ignorieren Herr Scholz und sein Senat Kritik, Ideen und Vorschläge von allen Seiten. Scholz fordert auf EU-Ebene „Hot Spots“, um Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa zu kommen. Mit Abschottung lösen Sie keine Probleme, Sie verschärfen sie nur!

Herr Scholz, wachen Sie endlich auf, Sie führen Hamburg sehenden Auges in eine humanitäre Katastrophe!

Sie sind der Zivilgesellschaft nicht zugewandt, sie mischen sich nicht ein, sie sind nicht präsent, höchstens wenn es um Olympia geht. Regierungserklärungen abgeben, das reicht nicht aus.

Ihr Innensenator Neumann kriegt es nicht hin, weist jegliche Kritik ab und sucht woanders die Schuldigen und trompetet nebenbei rechte Sprüche: „Und wenn es ihm hier nicht gefällt, wenn er meint, Gewalt ausüben zu müssen, dann können wir auch jederzeit eine Rückfahrkarte für ihn buchen.“ Geben Sie, Herr Neumann, jetzt den Horst Seehofer von Hamburg?

Bis jetzt konnte durch die unglaublich große Unterstützung der Ehrenamtlichen und solidarischen Menschen eine humanitäre Katastrophe noch verhindert werden. Sie mobilisieren schnell und übernehmen nicht nur zusätzliche Aufgaben, sondern vor allem große Aufgaben, die von staatlicher Seite geleistet werden müssen, aber nicht geleistet werden. Ohne die Ehrenamtlichen würde wirklich nichts von dem klappen, von dem Sie, Herr Bürgermeister, hier sprechen.

Nicht Sie haben sich die Flüchtlingspolitik zur zentralen Aufgabe gemacht, sondern die Zivilgesellschaft in Hamburg.

Es sind jetzt viele Maßnahmen notwendig, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Das müssen sie tun, ohne die größten Aufgaben auf die Ehrenamtlichen abzuladen.

Die Menschen, die noch immer in dieser Kälte in den unbeheizten Zelten in der Dratelnstraße oder im Jenfelder Moorpark untergebracht sind, müssen sofort in eine warme, beheizte und winterfeste Unterkunft verlegt werden.

Die Erfahrungen aus Bergedorf und Eidelstedt sollten reichen um zu verstehen, dass nicht von jetzt auf gleich Hallen geöffnet werden können, die in keinsten Weise vorbereitet sind. Vor zwei Wochen sprachen wir hier noch über die katastrophale Situation im Max Bahr in Bergedorf. Kaum vergeht eine Woche, bekommen wir die Nachricht, dass Flüchtlinge im Praktiker in Eidelstedt zwei Tage und Nächte auf sich allein gestellt sind. So etwas wie in Eidelstedt darf nicht noch einmal passieren!

Deshalb brauchen wir einen Plan von Gebäuden, die als nächstes belegt werden können. Diese müssen jetzt schon vorbereitet werden für die nächsten Flüchtlinge, die in Hamburg ankommen werden. Ja, wir brauchen jetzt größere Gebäude wie zum Beispiel die Oberpostdirektion, das Phoenix-Verwaltungszentrum oder die Janusz-Korczak-Schule. Wir fragen uns, warum vor dem Hintergrund der großen Not diese drei Objekte nicht vorbereitet wurden und werden?

Wir brauchen aber auch einen Plan, wie die Erst- und Notaufnahme entlastet werden kann. Gleichzeitig muss der Ausbau der Folgeunterbringung stattfinden. Dafür eignen sich kleinere, dezentrale Gebäude, die jetzt umgebaut werden müssen. Konkrete Beispiele haben wir Ihnen in der letzten Sitzung genannt. Sie müssen das Gesetz ausschöpfen und auch leerstehende Wohn- und Büroimmobilien belegen.

Der Kurs, keine kleineren leer stehenden Gebäude zu belegen, den müssen Sie endlich aufgeben unter den Gesichtspunkten der Dezentralisierung, der Beendigung von Zeltunterbringungen und dem Ausbau der Folgeunterbringung. Jeder Platz, der dazu beiträgt, Menschen aus den Zelten zu bekommen, ist wichtig. Deshalb muss auch die private Unterbringung erleichtert werden, private Initiativen dürfen nicht durch bürokratische Hürden erschwert oder verhindert werden.

Vieles kann, vieles muss schnell getan werden. Statten Sie zum Beispiel die Volkshochschulen so aus, dass sie ihr Angebot an Deutschkursen kräftig ausweiten kann. Ohne Deutschkenntnisse wird es nämlich sehr schwer, Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu vermitteln. Eine verstärkte Ausbildungsoffensive zum Beispiel der Handwerkskammer ist dringend notwendig.

Was tun Sie, um die Schulen instand zu setzen, um die neu ankommenden SchülerInnen zu integrieren? Was tun Sie in Bezug auf die Kitas?

Wann schaffen Sie endlich die Verbindung von Ehrenamt und staatlichen Stellen? Projekte wie ein Flüchtlingsforum hören sich gut an, aber es braucht es auch endlich konkrete Taten!

Aus der Zivilgesellschaft gibt es jede Menge gute Initiativen, die gefördert und unterstützt werden müssen, zum Beispiel von Gruner + Jahr, der Verlag hat eine Patenschaft mit einer Einrichtung. Es gibt eine Reihe weiterer guter Beispiele, die Unterstützung verdienen.

Wenn nicht jetzt, wann dann? Sie können uns nicht die nächsten vier Jahre die gleichen Ausreden erzählen.

Eines aber ist ganz wichtig: Wir müssen verhindern, dass Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Die großen Aufgaben, die nötig sind für die Aufnahme der Flüchtlinge und ihre Integration in die Stadtgesellschaft, dürfen nicht zu Lasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen, die auf eine gute, intakte soziale Infrastruktur angewiesen sind.

Die bisherigen sozialen und kulturellen Einrichtungen müssen mindestens aufrechterhalten, besser noch verstärkt werden. Die Tarifsteigerungen müssen auf allen Ebenen finanziert werden, damit die Einrichtungen ihre alten und neuen Aufgaben überhaupt wahrnehmen können.

Dazu und für weitere entsprechende Aufgaben brauchen wir ein besonders finanziertes Investitionsprogramm.

Die 560 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre, das zeigt die aktuelle Entwicklung ganz deutlich, sind unzureichend. Sie sind schon unzureichend für die unmittelbaren Aufgaben in den nächsten zwei Jahren, erst recht für die Investitionsprogramme zur Erhaltung und Stärkung der sozialen Infrastruktur.

Andere Bundesländer wie Thüringen oder Bayern nutzen die Steuermehreinnahmen für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Auch Hamburg muss dies tun, Sie müssen ran an das Finanzrahmengesetz!

Die Integrationsaufgaben sind groß und sie müssen bewältigt werden. Deshalb erwarten wir, dass Sie sehr schnell vorlegen, wie und mit welchen Mitteln Sie die großen Aufgaben bewältigen wollen.

Dafür braucht es eine Verständigung auf gesellschaftlicher und auf politischer Ebene. Ein gegeneinander Auspielen von sozial benachteiligten Gruppen darf es nicht geben. Ressourcen sind genug für alle da.

Sie sehen, wir haben eine große Hilfsbereitschaft in der Stadt, große Potenziale, die genutzt werden können. Das alles muss gut koordiniert werden. Das alles müssen Sie, Herr Bürgermeister, sich zur zentralen Aufgabe machen. Ansonsten schaffen sie heute nur die Probleme von morgen.